Zur Online-Version des Newsletters.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

BBE Europa-Nachrichten – Newsletter für Engagement und Partizipation Nr. 9 vom 29.9.2016

Inhalt

SCHWERPUNKT: STÄDTE FÜR EUROPA

- Westphal, MdEP: Kommunen und Städte besser unterstützen
- Caspary, MdEP: Die Bedeutung von Städtepartnerschaften
- Vana, MdEP: Die Vernetzung der Europäischen Städte ist wichtiger denn je!
- Hassemer: Die Verantwortung der Städte
- Leitermann: Städte für Europa
- Schneider: Europa von unten aufbauen

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

- Juncker: Zustand der EU und Europäischer Solidaritätskorps
- Klie: Lesbos – Reise in eine lebendige Zivilgesellschaft
- Good Governance im Europäischen Sport
- EUleaks-Plattform: Leaken mit geringerem Eigenrisiko
- Evaluation des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger
- Europäische Grenzen für Spenden und Stiften überwinden

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

- Let'sfly2Europe: Europäische Bürgerinitiative
- Bodenschutz in Europa: Europäische Bürgerinitiative

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

- Zivilgesellschaft als politische Kultur: Tagung in Breslau
- Promoting Inclusion Preventing Extremism (PIPE): Konferenz
- Engagementstrategie in Europa: ALDE-Anhörung
- 3. Sitzung der Arbeitsgruppe »Internationales und Europa«
- »Europas Grenzen«: Bürgerdialog in Wuppertal

FACHDISKURS

- Freiwilligensurvey der Europäischen Kommission
- Europa verstehen: Kompaktkurse für Schulen
- A Soul for Europe: Konferenz
- Österreichische Zivilgesellschaft und Flüchtlingskrise
- Hinweis

SCHWERPUNKT: STÄDTE FÜR EUROPA

Westphal, MdEP: Kommunen und Städte besser unterstützen

Die Vorstellung der neuen Städteagenda der Europäischen Union ist das Thema des Gastbeitrages von Kerstin Westphal, MdEP, Mitglied im Regionalausschuss sowie stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Dabei rekonstruiert sie den Weg von der »Leipzig-Charta« 2007 zum »Pakt von Amsterdam« 2016. Sie zeigt die Errungenschaften auf, die am Ende des bisherigen Weges erreicht wurden, aber ebenso, was fehlt. Nicht zuletzt kommt es jetzt auch darauf an, dass sich die Mitarbeitenden von Stadtverwaltungen, die sich mit europäischen Themen befassen, aktiv einbringen: »Wir haben auf europäischer Ebene mit dem Pakt von Amsterdam den Werkzeugkasten zur Verfügung gestellt.« Der Gastbeitrag wurde zunächst im Juli in der Zeitschrift »Europa kommunal« (Nr. 4/2016) der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) veröffentlicht.

Gastbeitrag von Kerstin Westphal, MdEP (PDF, 387 kB)

nach oben

Caspary, MdEP: Die Bedeutung von Städtepartnerschaften

Die Bedeutung von Städtepartnerschaften für Europa ist das Thema des Gastbeitrages von Daniel Caspary, MdEP, Koordinator (Sprecher) der christdemokratischen EVP-Fraktion im Ausschuss für internationalen Handel im Europäischen Parlament und Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Gruppe. Städtepartnerschaften sieht er als Ausdruck für Austausch und Offenheit und als wichtige Begegnungsorte in einem gemeinsam gelebten Europa an, die auch durch Internet und Social Media nicht ersetzt werden können. Bei Städtepartnerschaften geht es um zwischenmenschliche Vernetzung und Lernen voneinander bei der Lösung vergleichbarer Aufgaben in allen europäischen Städten: »Dieser Austausch im Kleinen über Landes- und Sprachgrenzen hinweg ist der Kern der europäischen Idee und zeigt den Wert von Städtepartnerschaften überdeutlich.«

Gastbeitrag von Daniel Caspary, MdEP (PDF, 372 kB)

nach oben

Vana, MdEP: Die Vernetzung der Europäischen Städte ist wichtiger denn je!

Städte als Orte der Vielfalt, der Innovation und des Widerstandes sind die Themen des Gastbeitrages von Dr. Monika Vana, MdEP und u.a. Mitglied im Regionalausschuss und im Haushaltsausschuss sowie Vizepräsidentin der Intergroup zu öffentlichen Dienstleistungen. Dabei skizziert sie die EU als eine Union der

Städte, in der bald 80 Prozent der europäischen Bevölkerung leben wird. Sie sind zugleich Orte der Innovation, aber ebenso des Widerstandes gegen eine neoliberale Agenda. Der EU fehlte bisher ein Gesamtkonzept zum Umgang mit ihren Städten. Daher hat das Europäische Parlament eine Urban Agenda durchgesetzt, um zu einer besseren direkten Zusammenarbeit zwischen der Union und den Städten zu kommen. Zur bisherigen Umsetzung durch Ministerrat und Kommission stellt sie fest: »Enttäuschend ist bislang, dass die Zivilgesellschaft derzeit nicht in die Städteagenda eingebunden ist, seitens der NGOs ebenfalls nur einige ausgewählte.«

Gastbeitrag von Dr. Monika Vana, MdEP (PDF, 385 kB)

nach oben

Hassemer: Die Verantwortung der Städte

Die Bedeutung der Städte für ein Europa von unten ist das Thema des Gastbeitrages von Dr. Volker Hassemer, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin und Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie für kulturelle Angelegenheiten in Berlin a. D. Dabei zeigt er den Zusammenhang zwischen dem nach wie vor vernachlässigten Thema der Kultur und der Funktion der Städte auf. Er begrüßt die Städteagenda der EU, kritisiert aber ebenso, dass keine der 12 vom Ministerrat eingesetzten Arbeitsgruppen zur Umsetzung dieser Agenda Kultur als Thema hat – trotz der guten langen Erfahrungen mit den »Kulturhauptstädten Europas«. Dabei sollte man die Erfahrung dieser Städte nutzen und über »schwergewichtige Bürgermeister« in einer Arbeitsgruppe eine Brücke zwischen Kultur, Städten und Europa herstellen: »In einer der bisherigen europäischen Kulturhauptstädte sollte ein ständiges Büro eingerichtet werden, um die fachliche und politische Erfahrung der Kulturhauptstädte zu sammeln, die wichtig ist, um die weitere Entwicklung dieses Instruments zu fördern.«

Gastbeitrag von Dr. Volker Hassemer (PDF, 420 kB)

nach oben

Leitermann: Städte für Europa

Die Rolle der Kommunen in der EU bzw. ihr Beitrag zum Gelingen der europäischen Integration sind die Themen des Gastbeitrages von Walter Leitermann, stellv. Generalsekretär der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE). In seinem Beitrag skizziert er die zentralen vertraglichen Grundlagen und institutionellen Ausprägungen für das Verhältnis von Kommunen und EU, denn: »Europapolitik ist über weite Strecken Kommunalpolitik.« Deshalb entscheidet sich das Thema einer bürgernahen Europäischen Union nicht in Visionen, sondern im Alltagshandeln auf kommunaler Ebene.

Gastbeitrag von Walter Leitermann (PDF, 374 kB)

nach oben

Schneider: Europa von unten aufbauen

Ein Plädoyer für ein Europa von unten ist das Thema des Gastbeitrages von Bernhard Schneider, verantwortlich für die Initiative Kulturforum/ Kulturbaustelle bei der Stiftung Zukunft Berlin. Ein Europa, in dem die BürgerInnen ProduzentInnen europäischer Politik sind und nicht bloße KonsumentInnen, ist notwendig. Gelingen könne dies nur, wenn die vielfältige Kultur Europas und besonders die Städte und Regionen, die die Kultur hervorbringen, eine feste Rolle im Aufbau der EU und in ihrer politischen Agenda erhalten: »Die Europäer werden in dem Maß ihr Vertrauen auf die EU setzen, wie ihr national und regional differenziertes Verständnis von Europa sich nicht in einem kleinsten gemeinsamen gesamteuropäischen Nenner auflöst, sondern in seinem jeweiligen Eigensinn gültig bleibt – das bulgarische Europa, das französische, das schwedische, das zyprische, niederländische, sizilianische, hanseatische etc.« Ohne diese unterschiedlichen Versionen von Europa und ihre Verbindung kann Europa nichts werden.

Gastbeitrag von Bernhard Schneider (PDF, 403 kB)

nach oben

EUROPÄISCHE ENGAGEMENTPOLITIK UND -FÖRDERUNG AKTUELL

Juncker: Zustand der EU und Europäischer Solidaritätskorps

Am 14. September 2016 hielt Kommissionspräsident Juncker eine grundsätzliche Rede zum herausfordernden Zustand der Europäischen Union. Er schlug darin auch eine Reihe konkreter Maßnahmen vor, darunter die Gründung eines Europäischen Solidaritätskorps. Das Europäische Solidaritätskorps (European Solidarity Corps, ESC) soll jungen Menschen unter 30 Jahren in Europa die Möglichkeit geben, zivilgesellschaftliche Organisationen, lokale Behörden oder Privatunternehmen bei der Bewältigung schwieriger Situationen in der gesamten EU zu unterstützen, z. B. beim Wiederaufbau von Ortschaften nach Naturkatastrophen, bei der Bekämpfung von Armut, der Lösung gesundheitlicher und demografisch bedingter Probleme und ähnlicher Herausforderungen sowie bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Das Solidaritätskorps soll eine eigene Identität entwickeln und bis 2020 100.000 Freiwillige umfassen. Grundlage der Identität ist die Freiwilligkeit des Engagements: »Ich bin überzeugt, wir brauchen noch sehr viel mehr Solidarität. Aber ich weiß auch, dass das nur freiwillig geht. Solidarität muss von Herzen kommen. Sie kann nicht erzwungen werden.« Bis Ende 2016 soll eine Webplattform dazu entstehen.

Weitere Informationen zum Europäischen Solidaritätskorps

nach oben

Klie: Lesbos – Reise in eine lebendige Zivilgesellschaft

Die Insel Lesbos war ein hot spot der Fluchtbewegung nach Europa im Jahr 2015. Eine nüchterne und facettenreiche Nahaufnahme der europäischen Zivilgesellschaft in Lesbos und der Entwicklung vor Ort seit 2015 ist das Thema des Gastbeitrages von Prof. Dr. habil. Thomas Klie, Leiter des Zentrums für zivilgesellschaftliche Entwicklung (zze) Freiburg. Seine Beschreibung und Analyse zeigt eine lebendige, aber auch fragile Zivilgesellschaft zwischen Finanzkrise, Flüchtlingen und internationaler Solidarität: »Es sind die etablierten NGOs vor Ort, wie Ärzte ohne Grenzen, Advocacy Abroad, Euro Relief, aber auch die ›Voluntourists‹ und die stillen Helfer von der Insel, die die Beerdigung der ertrunkenen Flüchtlinge organisiert haben, um ihnen eine letzte Ehre zu erweisen.« Ohne die Freiwilligen gäbe es nicht die hörbare Kritik an den Verstößen gegen Menschenrechte. In vielerlei wurden und werden die Insel, die einheimische Bevölkerung, viele Flüchtlinge und die Volunteers von Europa allein gelassen. Das betrifft auch die Kompensation des kaum noch vorhandenen Tourismus auf Lesbos: »Lesbos ist eine Insel, die gerade jetzt eine Reise wert ist, ein lohnendes Ziel. Für Freiwillige, für Touristen, die nicht nur fern ab der Themen unserer Zeit Ferien machen wollen.«

Gastbeitrag von Prof. Dr. habil. Thomas Klie (PDF, 412 kB)

nach oben

Good Governance im Europäischen Sport

Good Governance im Sport: Darum geht es in einer Selbstverpflichtungserklärung von Sportverbänden, die der zuständige EU-Kommissar Navracsics am 15. September 2016 im Rahmen der Europäischen Woche des Sports vorgestellt hat. Die zentrale Verpflichtung in der Erklärung lautet: »We voluntarily commit to implement the basic principles of Good Governance in Sport - Integrity, Accountability, Transparency, Democracy, Participation and Inclusivity - into our sport organization.« Die Erklärung geht zurück auf das Arbeitspapier »Principles of Good Governance in Sport«, das eine EU-Expertengruppe bereits 2013 erarbeitet hat. Für den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) ist das Thema Good Governance seither zu einem Schwerpunkt geworden.

Text der Erklärung und weitere EU-Dokumente

Good-Governance-Seite des DOSB

nach oben

EUleaks-Plattform: Leaken mit geringerem Eigenrisiko

Die Europäischen Grünen haben eine Plattform eingerichtet, über die seit dem 27. September 2016 anonym und sicher nicht öffentliche Informationen mitgeteilt werden können, die die Öffentlichkeit kennen sollte. Dabei geht es um Informationen zu Sachverhalten, durch die ohne Veröffentlichung ein Schaden oder Betrug am gemeinsamen öffentlichen Wohl eintreten würde bzw. häufig schon eingetreten ist. Ziel der EUleaks Plattform ist es, dass die Quelle der Information anonym bleibt, um WhistleblowerInnen zu schützen. Dafür werden der Tor-Browser und das Tor-Netzwerk eingesetzt. Sven Giegold, MdEP, finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Grünen/EFA-Fraktion, kommentiert: »Wir bieten Menschen eine Plattform, die Skandale auf Kosten des Gemeinwohls nicht hinnehmen wollen. (...) Zivilcourage ist keine Straftat, die Enthüllung illegitimer Praktiken braucht Schutz, nicht Strafe.«

Weitere Informationen und Pressemitteilung

nach oben

Evaluation des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger

Eine erste Studie zur Evaluation des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger 2014-2020 wurde vom Europäischen Parlament veröffentlicht. Die Analyse beruht auf 24 Experteninterviews, die zwischen März und Mai 2016 geführt wurden. Die Studie enthält eine Reihe von Vorschlägen etwa zur Verbesserung der Programminhalte als auch der Programmkommunikation. Insgesamt konstatiert sie ein gravierendes Missverhältnis zwischen den ambitionierten Zielen des Programms zur Stärkung der europäischen Bürgerschaft und seiner geringen Finanzausstattung.

Analyse des Programms Europa für Bürgerinnen und Bürger (PDF, 1,2 MB)

nach oben

Europäische Grenzen für Spenden und Stiften überwinden

Um die bestehenden gravierenden Hindernisse für grenzübergreifendes Spenden und Stiften in Europa zu überwinden, sollte in Richtung eines EU-Binnenmarktes für gemeinnützige Aktivitäten gedacht werden. Das schlägt Felix Oldenburg, Generalsekretär des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, in einem aktuellen Interview von EUreporter vor. Die Prinzipien des Binnenmarktes auf den gemeinnützigen Bereich anzuwenden würde z.B. eine gegenseitige Anerkennung der in den jeweiligen Ländern bestehenden steuerlichen Vorteile für gemeinnützige Aktivitäten und gemeinnützige Zwecke beinhalten, so Oldenburg. Das Interview ist bei YouTube verfügbar.

Interview mit Felix Oldenburg

nach oben

INTERNATIONALE BETEILIGUNGSVERFAHREN

Let'sfly2Europe: Europäische Bürgerinitiative

Am 2. September 2016 wurde die EBI 2016/000001 offiziell registriert. Der Titel dieser Europäischen Bürgerinitiative ist: »Let'sfly2Europe: Flüchtlinge legalen und sicheren Zugang nach Europa ermöglichen!«. Ihr Ziel ist die Beseitigung des Problems, dass Flüchtlinge kein Flugzeug betreten dürfen, da bei abgelehntem Asylantrag das Transportunternehmen nach der EU RL 2001/51/EG und des Artikels 26, Paragraph 2, 3 des Schengener Besitzstandes mit Sanktionen in Höhe von mehreren 1000 Euro belegt wird. Damit wird der Weg trotz politischer Verfolgung in die EU erschwert oder unmöglich gemacht, obwohl sie politisch verfolgt sind. Die EBI fordert die Abschaffung beider Vorschriften. Die Sammlung endet am 2. September 2017. Die Webseite der Initiative gibt es aktuell in zwei Sprachen, auf Deutsch und Englisch.

Weitere Informationen der Europäischen Bürgerinitiative Let'sfly2Europe

nach oben

Bodenschutz in Europa: Europäische Bürgerinitiative

Am 12. September 2016 wurde die EBI 2016/000002 offiziell registriert. Der Titel dieser Europäischen Bürgerinitiative ist: »People4Soil: Unterzeichnen Sie die Bürgerinitiative für den Bodenschutz in Europa!«. Ihr Ziel ist die Anerkennung des Bodens als gemeinsames Gut, das auf EU-Ebene geschützt werden muss, da Böden die maßgeblichen Vorteile im Zusammenhang mit dem menschlichen Wohlergehen und der ökologischen Widerstandsfähigkeit bieten. Ebenso geht es um die Entwicklung eines spezifischen und verpflichtenden Rechtsrahmens, um Böden vor den größten Gefahren zu schützen: Erosion, Versiegelung, Verlust an organischer Substanz und an Artenvielfalt sowie Verseuchung. Schließlich soll es eine angemessene Erfassung und Senkung von Treibhausgasemissionen aus Land- und Forstwirtschaft geben. Die Sammlung endet am 12. September 2017. Die Webseite der Initiative gibt es aktuell in acht Sprachen, darunter Deutsch.

Weitere Informationen der Europäischen Bürgerinitiative People4Soil

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE UND VON EUROPÄISCHEN PARTNERN

Zivilgesellschaft als politische Kultur: Tagung in Breslau

Welchen Beitrag kann Zivilgesellschaft zur Lösung der großen Herausforderungen in Europa und zur Zukunft der europäischen Idee leisten? Dies ist die Leitfrage der Tagung »Civil Society as part of political culture«, die das BBE gemeinsam mit u. a. dem Maecenata-Stiftung und dem Progressiven Zentrum am 20. und 21. Oktober 2016 im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt in Breslau ausrichtet. Die Veranstaltung bietet die Gelegenheit zum Austausch mit Akteuren und ExpertInnen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Politik aus Polen, Deutschland und weiterer europäischer Länder.

Programm und Anmeldung

nach oben

Promoting Inclusion Preventing Extremism (PIPE): Konferenz

Welche Rolle spielen und welchen Einfluss haben Freiwillige und Freiwilligenprojekte bei der Förderung von Inklusion und bei der Prävention von Extremismus? Diese Frage sowie Best Practice-Beispiele und verschiedene Projektmodelle aus ganz Europa stehen im Fokus einer Konferenz des Europäischen Freiwilligenzentrum (CEV) im Rahmen der slowakischen EU-Ratspräsidentschaft am 13. und 14. Oktober 2016 in Brüssel. Dabei wirken nicht nur europäische Akteure mit, sondern auch Projekte aus Südafrika, Kolumbien und Algerien. Um die relevanten Freiwilligenprojekte und Initiativen identifizieren zu können, hat das CEV eine Umfrage gestartet. Sowohl die Konferenz als auch die im Anschluss der Konferenz erstellte Publikation werden die Herausforderungen und die wichtigsten Merkmale und Eigenschaften der Projekte hervorheben. Zudem werden die Elemente und Faktoren identifiziert, die für den Erfolg entscheidend sind. Eine Anmeldung zur Teilnahme ist bis zum 30. September 2016 möglich.

Weitere Informationen zur PIPE-Konferenz

nach oben

Engagementstrategie in Europa: ALDE-Anhörung

Am 12. Oktober 2016 wird das BBE bei der Anhörung durch die Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) zum Thema Engagementstrategien in Europa vertreten sein. Auf der Agenda steht die Frage

nach Engagementstrategien nicht nur auf nationaler, sondern auch auf lokaler Ebene. »How volunteering strategies at local and national level connect with EU policies and programmes«. Eine Anmeldung ist bis zum 5. Oktober 2016 möglich.

Weitere Informationen zum ALDE Hearing »How volunteering strategies at local and national level connect with EU policies and programmes«

nach oben

3. Sitzung der Arbeitsgruppe »Internationales und Europa«

Am 27. September 2016 tagte die BBE-Arbeitsgruppe 7 zum Themenfeld »Internationales und Europa« in Bonn im Haus von Engagement Global. Als Schwerpunktthema der 3. Sitzung wurden die »Ziele für nachhaltige Entwicklung« (Sustainable Development Goals, SDGs) behandelt. Wolfgang Obenland, Global Policy Forum, präsentierte die SDGs/ Agenda 2030 und den Handlungsbedarf in Deutschland und weltweit. Die Frage nach der Rolle der Freiwilligen bei der Umsetzung der SDGs hat Margaret Carroll, United Nations Volunteers (UNV), erläutert. In diesem Kontext präsentierte Dr. Eugen Baldas, stellvertretender AG-Sprecher, die Tätigkeit der International Organisation for Volunteer Effort (IAVE). Die Frage »Was können wir, die zivilgesellschaftlichen Akteure, für die Umsetzung der SDGs/ Agenda 2030 tun?« stand im Fokus des anschließenden Austauschs. Nachdem Mirko Schwärzel, BBE-Geschäftsstelle, aktuelle Daten zum internationalen Engagement vorstellte, diskutierten die Teilnehmenden über die unterschiedlichen Aspekte der Engagement- und Zivilgesellschaftsforschung. Angela Krug, die Mitte September im BBE als Themenpatin für das Thema UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung benannt wurde, machte deutlich, welche Relevanz in diesem Zusammenhang die einschlägigen Definitionen haben.

nach oben

»Europas Grenzen«: Bürgerdialog in Wuppertal

Nach den erfolgreichen Veranstaltungen in Erfurt, Augsburg und Hamburg diskutierten am 1. September 2016 in der Historischen Stadthalle Wuppertal mehr als hundert BürgerInnen mit PolitikerInnen und ExpertInnen über Europas Grenzen, die Zukunft des Schengen-Raums, die Reisefreiheit, die europäische Grundfreiheit der Mobilität, aber auch darüber, wie die Migrationskrise europäisch bewältigt werden kann. Nach der einführenden Podiumsdiskussion mit Dr. Jörg Bentmann, Abteilungsleiter im Bundesministerium des Innern, Thorsten Klute, Staatssekretär für Integration im Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, und Matthias Oel, Europäische Kommission, Generaldirektion Migration und Inneres, wurde der Dialog in den Themenräumen vertieft. Themen waren »Schengen im Zielkonflikt: Binnenmarkt und Reisefreiheit versus sichere Grenzen«, »Integration oder Desintegration: Europa als Wirtschafts-und Sozialraum« und »Organisierte Kriminalität und Terror im globalen Dorf - was kann

Europa tun?« Die Europa-Union Deutschland führte den Bürgerdialog in Hamburg gemeinsam mit der Europa-Union Hamburg, den Jungen Europäischen Föderalisten Hamburg, der Senatskanzlei Hamburg und dem Europe Direct Info-Point Europa Hamburg. Der Dialog ist Teil einer deutschlandweiten Reihe, die von mehreren PartnerInnen, u. a. dem BBE, unterstützt wird. Die nächsten Bürgerdialoge finden am 10. November 2016 in Freiburg (Breisgau) und am 29. November 2016 in Magdeburg statt.

Bericht zum Bürgerdialog am 1. September in Wuppertal

Onlinediskussion

nach oben

FACHDISKURS

Freiwilligensurvey der Europäischen Kommission

Die Europäische Kommission lässt eine europaweite Befragung von Freiwilligen durchführen. Diese richtet sich mit unterschiedlichen Fragebögen sowohl an Freiwillige, die an einem EU-Programm für Freiwillige teilgenommen haben oder dies vorhaben, als auch an Freiwillige, die dies nicht vorhaben. Die Fragebögen stehen online zur Verfügung und die Befragung ist bis zum 30. November 2016 offen.

Freiwilligensurvey der europäischen Kommission

nach oben

Europa verstehen: Kompaktkurse für Schulen

Die Schwarzkopf-Stiftung bietet an Schulen in Berlin und Brandenburg einen vierstündigen Kompaktkurs »Europa verstehen« sowie einen ebenso langen Vertiefungskurs »Flucht und Asyl in Europa« an. Durchgeführt werden die Kurse von einem jungen TrainerInnenteam direkt an der jeweiligen Schule.

Informationen zu den Kompaktkursen

nach oben

A Soul for Europe: Konferenz

Die diesjährige A Soul for Europe Conference findet am 8. und 9. November 2016 in Berlin unter dem Titel »Cultural Identities on the Move« statt. Dort soll kreativ auf

die aktuellen europäischen Herausforderungen reagiert werden. Im Dialog zwischen engagierten VertreterInnen aus Politik und Kultur sollen Impulse aus den gesellschaftlichen Kooperationen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Kultur an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Konstellationen zur Stärkung Europas entwickelt und als Handlungsempfehlung an Politik und Gesellschaft vermittelt werden. Die Initiative »A Soul for Europe« entwickelt seit Jahren Impulse in lokal aufgebauten Projekten und Aktivitäten zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Kultur. Eine Onlinedebatte beleuchtet bereits im Vorfeld der Konferenz wichtige Themenbereiche, darunter die Frage nach der Rolle der europäischen Städte und Regionen, und versammelt zahlreiche Texte namhafter und engagierter Autorinnen und Autoren aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Weitere Informationen zur Konferenz

Onlinedebatte

nach oben

Österreichische Zivilgesellschaft und Flüchtlingskrise

Als Observatorium Nummer 9 erschien bei Maecenata von Ruth Simsa und Julia Rothbauer eine kompakte Darstellung der Reaktionen der österreichischen Zivilgesellschaft auf die europäische Flüchtlingskrise. Diese beruhen auf einer empirischen Studie, die zwischen Oktober und Dezember 2015 durchgeführt wurde. Zugleich enthält sie Überlegungen zu den längerfristigen Wirkungen für die Zivilgesellschaft, die in Österreich zeitweilig den Staat weitgehend ersetzen musste. Die Reihe Observatorium ist online kostenlos verfügbar.

Observatorium Nummer 9 (PDF, 251 kB)

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 27. Oktober 2016.

Bitte schicken Sie Ihre Informationen an
E-Mail: europa-bbe@b-b-e.de

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die PDF-Dokumente der Gastbeiträge im Schwerpunkt des Newsletters werden

möglichst barrierearm gestaltet.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im Europa-Newsletter finden Sie unter Impressum.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter Kommende Themen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des BBE wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Dr. Rainer Sprengel, Mirko Schwärzel und Nino Kavelashvili.

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
- Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18
10179 Berlin-Mitte
www.b-b-e.de

V.i.S.d.P.: Geschäftsführer PD Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: ansgar.klein(at)b-b-e.de

nach oben

Hinweis

Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend